STASI

Eifrig zu Diensten

Ein Ostexperte des Dohnanyi-Gesprächskreises soll Kollegen und Studenten bespitzelt haben.

Horst Klinkmann gilt, trotz seines Alters, als Mann der Zukunft. Denn der 68-Jährige steht für einen Osten, der dynamisch und erfolgreich ist.

Der Medizinprofessor mit den vielen Ehrendoktorwürden ist Aufsichtsratsvorsitzender des Fußball-Bundesligisten FC Hansa Rostock und Vorstandsvorsitzender des Netzwerks BioCon Valley, mit dem die rot-rote Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern zur Vorzeigeregion in Sachen Biotechnologie machen will.

GERHARD KIESLING / BPG / BPK (O.); BERND WÜSTNECK / DPA (U.)

Arzt Klinkmann 1988 (r.), 2000 *„Hinweise auf intime Beziehungen“*

Klinkmann ist auch Mitglied des „Gesprächskreises Ost“ um Klaus von Dohnanyi, wo er im Auftrag der Bundesregierung über den Aufbau der neuen Länder nachdenkt.

Doch der Mann der Zukunft hat auch eine Vergangenheit – und die macht ihm jetzt schwer zu schaffen. Aktenfunde in der Rostocker Außenstelle der Birthler-Behörde erhärten den Verdacht, dass der wendige Ex-Genosse auch der Stasi eifrig zu Diensten war.

Darüber war bereits spekuliert worden, als der renommierte Nierenspezialist 1992 wegen allzu großer Nähe zum SED-Regime den Lehrstuhl an der Universität Rostock verlor und seinen Posten als Klinikdirektor räumen musste. Klinkmann dementierte vehement – mit Erfolg.

Seine Wiedereinstellungsklage wurde 1995 mit einem Vergleich zu den Akten gelegt. Das Kultusministerium ließ den Spitzel-Verdacht fallen. Der Professor zog seine Klage zurück. Beide Parteien vereinbarten Stillschweigen.

Doch das Dossier des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), in dem Klinkmann ab 1968 unter dem Decknamen „Ludwig“ geführt wurde, lässt seine Darstellung, er habe als „Klinikdirektor und Präsident des Rates für Medizinische Wissenschaften der DDR nur offiziell und im Rahmen“ seiner „Dienstpflichten mit dem MfS Kontakt gehabt“, wenig glaubwürdig erscheinen.

Auch wenn er betont, „die Vorwürfe“ seien „nicht neu und bereits 1995 Gegenstand gerichtlicher Entscheidungen“ gewesen. „Eine Verpflichtung zur Geheimhaltung dieser Gespräche habe ich weder mündlich noch schriftlich abgegeben.“

Doch schon als Student hatte er handschriftlich erklärt, über seine „Verbindung“ mit „den Sicherheitsorganen … Stillschweigen“ zu bewahren. So richtig erwachte das Interesse der Geheimen allerdings erst 1968, als Klinkmann bereits Karriere gemacht hatte.

„Ziel der inoffiziellen Zusammenarbeit“, notierte ein MfS-Offizier, seien, unter anderem, „Aufklärungs- und Absicherungsaufgaben im Verantwortungsbereich“ des IM. Und die betrafen, nach Aktenlage, nicht nur die medizinische Forschung.

Auch Informationen über einen Studenten, „der später in die BRD oder nach Amerika übersiedeln wolle“, gehörten offenbar dazu. In den Berichten, die die Führungsoffiziere nach Treffen mit IM „Ludwig“ schrieben, finden sich zudem Aussagen, die das Liebesleben von Klinikmitarbeitern betrafen. Beispielsweise jene über einen Kollegen, von dem es heißt, er sei „nach seiner Heirat in moralisch-sexueller Hinsicht ruhiger geworden“. Bei einem anderen gebe es, wie IM „Ludwig“ gemeldet habe, „Hinweise auf intime Beziehungen zu anderen Frauen“.

Da passt es ins Bild, dass der Arzt, den Akten zufolge, gelegentlich auch mit Auskünften über Patienten diente. „In Verbindung“ mit einer „Schleusung“ des MfS soll er sogar „Schlafmittel … über die Zentralapotheke“ besorgt haben. Außerdem sei er, laut Akten, bereit gewesen, dem MfS seine Wohnung „zur Durchführung spezieller Aufgaben zur Verfügung zu stellen“.

Auch in der Rostocker Zweigstelle der Spionagetruppe des Markus Wolf galt „Ludwigs“ Einsatzbereitschaft als vorbildlich – bis die Stasi über andere IM erfuhr, dass Klinkmann auf seinen Auslandsreisen private Kontakte hatte, von denen „Ludwig“ nichts erzählte.

Fortan galt er als unsicherer Kantonist. Auf seine Berichte wollte die Stasi dennoch nicht verzichten. Erst 1987 wurde „Ludwigs“ inoffizielle Karriere in den Akten offiziell für beendet erklärt – wegen „seiner exponierten wissenschaftlichen und politischen Position“. GUNTHER LATSCH

Geländewagen-Parade: *Nachlässe von bis zu*

STEUERN

Jetzt aufladen

Rot-Grün will ein fragwürdiges Privileg für schwere Geländewagen kippen.

Eine Bibel, das hatte der Kanzler schon vorab klargestellt, werde auch der neue Koalitionsvertrag nicht sein – Richtschnur für das politische Handeln der Regierung aber schon. Und so forderten die Wahlsieger des Herbstes 2002 eine „nachhaltige Mobilität der Zukunft“, deren Preise sich nach den „verursachten Kosten“ zu richten hätten. Gemeint waren vor allem die ökologischen Kosten des Straßenverkehrs.

Die sind immer noch hoch. Und ausgerechnet die durstigsten Autos genießen ein Privileg.

Die Grenze liegt bei 2,8 Tonnen: Diesel-Fahrzeuge, die schwerer sind, können wie gewerblich genutzte Kleinlaster nach Gewicht besteuert werden – und nicht wie Pkw nach Hubraum. So kassieren ihre Besitzer Steuernachlässe von bis zu 80 Prozent, auch wenn das Auto auf 100 Kilometer 15 Liter Sprit oder mehr verbraucht.

Nutznießer sind neuerdings vor allem Gutbetuchte, die sich einen schweren Geländewagen wie den VW Touareg leisten können. Wer das modische Vehikel mit einem 313 PS starken Diesel-Aggregat bestellt und als Kleinlaster anmeldet, spart Jahr für Jahr rund 600 Euro Steuern.

Obwohl das Schlupfloch schon länger bekannt ist, kümmert sich die Koalition erst jetzt um die offensichtliche Fehlsteuerung. „Wir dürfen die Spitzenverbräuche nicht auch noch steuerlich prämieren“, erregte sich letzte Woche SPD-Fraktionsvize Michael Müller. Der grüne Umweltpolitiker Winfried Hermann verlangte das Ende der „absurden Luxusförderung“ noch vor der parlamentarischen Sommerpause.

Zwar hatten sich Fachbeamte schon im Juli vergangenen Jahres darauf verständigt, die Gewichtsgrenze von 2,8 Tonnen